

Die Illusion einer freien Weltwirtschaft

Das seit dem letzten Weltkrieg angetrebte Ziel einer freien Weltwirtschaft entpuppt sich trotz der Anstrengungen zahlloser internationaler Organisationen und Jahre langer Verhandlungen als eine Illusion. Irgendwie entfernt sich dieses Ziel; statt weltoffener und solidarischer zu werden kapseln sich Staaten und Völker wieder mehr ab oder gruppieren sich zu geschlossenen Wirtschaftsblöcken; statt gemeinsam erarbeiteter Lösungen ein individuelles, hartes "Zug um Zug Verhandeln". Der hochgejubelte Multilateralismus weicht einem neuartigen "Intramultilateralen Bilateralismus".

Die Krankheitssymptome

Die Diagnose ist relativ einfach: treibenden Kräfte für eine weltweite Liberalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen waren bisher die USA, Kanada, die EG- und Efta-Staaten. Dazu gehört auch Japan, das zwar für seine Exporte an einer Liberalisierung interessiert ist, sich selber aber nur mit Mühe öffnet. Ähnlich verhalten sich Hong-Kong, Singapur, Taiwan und neuerdings Südkorea gefolgt von Thailand, China und Malaya. Neben den ganz armen Ländern Schwarzafrikas gibt es Staaten mit wirtschaftlich durchaus günstigen Voraussetzungen, wie Indien, Indonesien, die Philippinen, die aber wegen ihrer Bevölkerungsexplosion und einem entsprechend katastrophalen Handelsbilanzdefizit wenig zu einer Liberalisierung des Welthandels beitragen können. Ähnlich geht es den meisten lateinamerikanischen Ländern, wovon Mexico ein typisches Beispiel ist.

Rückgang der Konkurrenzfähigkeit

Solange die Konkurrenzfähigkeit der hochindustrialisierten und "reichen" Länder des Westens garantiert war, waren diese Länder auch in der Lage, sich für eine weltweite Liberalisierung einzusetzen. Gleichzeitig Entwicklungs- und Finanz-Hilfe und massive Investitionen zu erbringen. Das nicht zuletzt im eigenen Interesse, um so neue Märkte für ihre Exporte und andere lukrative Geschäfte zu schaffen, die leider in den wenigsten Fällen den armen Bevölkerungsteilen der betreffenden Länder zugute kommen. Gleich wie das jetzt bezüglich der vom Sowjetimperium befreiten mittel- und osteuropäischen Länder der Fall ist.

Im 18 und 19 Jh. ist aus den europäischen Exporten und Investitionen nach Nordamerika ein gefährlicher Konkurrent Europas entstanden. Genau so ergeht es heute den Europäern und den Amerikanern mit der an Suedostasien gewährten Nachkriegshilfe. Mit dem im Zuge der wirtschaftlichen Satellisierung (Neokolonialisierung) und dem in diese Region hineingepumpten modernen Wissen und Können

ist diese zu einem gefährlichen Konkurrenten herangewachsen. Vor allem deshalb, weil sie die neuesten Kenntnisse von Informatik, Automatik und Robotik mit viel billigeren Arbeitskräften, keinen oder nur minimalen sozialen Kosten, dafür, dank der Begabung dieser Menschen für die moderne Informatik, mit beruflichen Leistungen von den einfachsten bis zu den höchsten Anforderungen moderner Spitzentechnologien kombinieren können.

Die Stagnation im Westen.

Das Ergebnis ist für den Westen äusserst besorgniserregend. Bald 20 Mio Arbeitslose allein in der EG, ein Wirtschaftswachstum das um den Nullpunkt oscilliert, währenddem im Fernen Osten bald zweistellige Zahlen erscheinen werden. Dazu ein auf Europa zurollender Flüchtlingsstrom aus den armen Länder, immer härtere Forderungen nach noch mehr Hilfe der Reichen für die wirklich Armen auf der Welt, politische und soziale Unrast, sowie, seit dem Verschwinden der Sowjetunion, die Verantwortung des Westens für Ruhe und Ordnung auf dem Planeten zu sorgen: all das, wie es kürzlich der neue französische Premierminister, Ed. Balladur, sagte, kostet Geld! Viel Geld, das zusammen mit dem Geld, das für die in den rechts- und sozialstaatlichen Strukturen enorm steigenden (nicht nur Frankreich) sozialen Lasten aufzubringen ist. Deshalb auch die Milliardendefizite aller westlicher Staaten, die ihrerseits wiederum nur durch massiv erhöhte Steuern und Abgaben gedeckt werden können.

Abwanderung ins Ausland

Kein Wunder, dass in dieser Situation sehr viele Unternehmen der westlichen Welt ihr Produktion und Dienstleistungen nach Niedriglohnländern verlegen, in denen die herrschende Schicht weniger an der sozialen Lage ihrer Bevölkerung als an lukrativen Geschäften interessiert ist. Eine solche Auswanderung sei der einzige Weg, um wieder konkurrenzfähig zu werden, sagen besonders die grossen Unternehmen. Nach offiziellen Angaben soll sogar ein Land, wie Schweiz, mit seinen Unternehmen mehr als eine Million Arbeitsplätze im Ausland geschaffen haben. Das ist eine Entwicklungshilfe, die sich auf die Dauer durchaus positiv auswirken könnte, sofern sie nicht nur zur Ausbeutung der betroffenen Völker missbraucht wird.

Balladur bezeichnet die Verlegung der Produktion französischer Unternehmen ins Ausland als die eigentlich Ursache für die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in allen westlichen Ländern. Rasche Massnahmen seien deshalb unvermeidlich. Anfänglich schien er noch an eine gemeinsame Aktion der EG zu glauben. Er sprach von einem Gleichgewicht zwischen weltweiten Liberalisierungsmassnahmen z.B. im Gatt, und den ungenügenden

Abwehrmassnahmen einzelner oder aller EG-Staaten. Seit Kopenhagen scheint er, besonders auch im Verhältnis zu den mittel- und osteuropäischen Staaten, an bilateral erhandelte Lösungen zu denken. Nicht von ungefähr warnte der scheidende Generaldirektor des Gatt, der Schweizer Arthur Dunkel, vor einem Rückfall in den Protektionismus.

Dieser Rückfall ist aber aus verschiedenen Gründen unvermeidlich: Einmal weil die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse rund um die Welt so verschiedenartig sind, dass niemals weltweit gleichwertige Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden können. Gerade das wird aber von der EG als die entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren eines freien Markts betrachtet. Zweitens haben alle multilateralen Lösungen den Nachteil, dass sie nur auf dem niedrigsten gemeinsamen Nenner möglich sind. Drittens sind gerade die Länder, welche von internationalen Lösungen den grössten Nutzen haben, die ersten, die zur Wahrung ihrer eigenen Interessen bzw. derjenigen der herrschenden Schicht protektionistische Massnahmen ergreifen. Schliesslich können protektionistische Massnahmen derart vielfältige und getarnte Formen annehmen, dass sie wohl kaum jemals ausgemerzt werden können. Eine weltweit offene Wirtschaft fördert die Konkurrenz und führt so auf der Ebene der Unternehmen zu mächtigen weltweiten Konzentrationen, den Multis, und bei den Staaten zu Blockbildungen. In beiden Fällen ist mit erbitterten Konkurrenzkämpfe, eigentlichen Wirtschaftskriegen, zu rechnen, die jeden Versuch einer freien Weltwirtschaft zur Illusion machen.

Und die Schweiz?

In dieser Situation muss ein kleines Land, wie die Schweiz, das immer noch über eine konkurrenzfähige Wirtschaft verfügt, sorgfältig alle Alternativen abwägen. Besteht z.B. ein Interesse daran, sich in einen Wirtschaftsblock einspannen zu lassen, der, wie die EG, von seine grossen, massgebenden Mitgliedern gezwungen werden könnten, sich der übrigen Welt gegenüber zu verschliessen; innerhalb der EG der Gefahr interner protektionistischer Massnahmen der Mitgliedstaaten unter sich ausgesetzt oder in weltweite Wirtschaftskonflikte hineingezogen zu werden. Wenn ohnehin bei einem zunehmenden wirtschaftlichem Wohlstand auf der Welt auch mit einem zunehmenden Protektionismus zu rechnen ist, dann hätte der Alleingang wenigstens den Vorteil, dass ein kleines Land mit dem altbewährten Bilateralismus seine Interessen in einem fairen, aber auch harten Geben und Nehmen besser zu wahren vermöchte als Mitglied eines in sich geschlossenen Wirtschaftsblocks. Ein kleines, aber relativ reiches Land würde ohnehin in einem solche Block nur zur Beteiligung an den allgemeinen Kosten und mit seinen

eigenen qualitativ hochstehenden Leistungen zum Herausholen von Konzessionen anderer Länder missbraucht werden. Konzessionen, von denen im Endeffekt die anderen Mitglieder zumindestens gleich viel, wenn wegen ihre Macht noch mehr profitieren würden. Zudem würde die Verhandlungsfreiheit mit Drittstaaten eingeschränkt werden, das heisst ein Land, wie die Schweiz, könnte nicht einmal mehr frei entscheiden, wem gegenüber es weltoffen und solidarisch sein will!

Frédéric Walthard 27.06.93